

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Heinz Paula, Gabriele Fograscher,
Kerstin Griese, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/9577 –**

Mehr Unterstützung für Initiativen gegen Rechts in der Gastwirtschaft

A. Problem

Die Antragsteller weisen darauf hin, dass Rechtsextremisten und rechtsextremistische Gruppierungen oft über Versammlungen oder Veranstaltungen versuchen, ihre rechten Ideologien zu verbreiten und neue Anhänger zu rekrutieren. Für derartige Treffen würden Veranstaltungsorte und Räumlichkeiten benötigt. Häufig sei es für Gastwirte jedoch nicht sofort ersichtlich, dass es sich um eine Veranstaltung von Personen oder Gruppierungen mit rechtsradikalem Hintergrund handle. Zur Unterstützung der betroffenen Branche gebe es zwar erste Initiativen, doch gelte es diese zu fördern und bekannter zu machen. Gastwirte müssten sensibilisiert, bestmöglich beraten und unterstützt werden, denn auf diese Weise könne man den Rechtsextremisten Publikum und Versammlungsorte entziehen.

Die Antragsteller fordern daher mehr Unterstützung für Initiativen gegen Rechts in der Gastwirtschaft. Mit dem Antrag fordern sie die Bundesregierung auf, auf die Länder einzuwirken, Initiativen von Gastwirten gegen Rechtsextremismus bekannt zu machen und zu unterstützen. Zudem sprechen sich die Antragsteller für einen runden Tisch aus, bei dem Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen, Gewerkschaften, Ortsverbänden und zivilgesellschaftliche Akteure sowie betroffene Gastwirte Probleme erörtern und Handlungsschritte diskutieren können. In dem Antrag weist die Fraktion darauf hin, dass bei Gastwirten trotz ihres Hausrechts häufig Unkenntnis und Unsicherheit darüber herrsche, wie man rechte Veranstaltungen in den eigenen Räumen verhindern könne.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/9577 abzulehnen.

Berlin, den 28. November 2012

Der Ausschuss für Tourismus

Klaus Brähmig
Vorsitzender

Ingbert Liebing
Berichterstatter

Heinz Paula
Berichterstatter

Jens Ackermann
Berichterstatter

Kornelia Möller
Berichterstatterin

Markus Tressel
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ingbert Liebing, Heinz Paula, Jens Ackermann, Kornelia Möller und Markus Tressel

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 181. Sitzung am 24. Mai 2012 den Antrag auf **Drucksache 17/9577** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat in seiner 87. Sitzung am 28. November 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 86. Sitzung am 28. November 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 81. Sitzung am 28. November 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 17/9577 in seiner 68. Sitzung am 28. November 2012 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass kaum eine andere Branche so von internationaler und kultureller Vielfalt geprägt sei, wie das Hotel- und Gaststättengewerbe. Nicht erst seit gestern, sondern seit vielen Jahren positioniere sich das deutsche Gastgewerbe klar gegen Rechtsextremismus. Es gebe in vielen Regionen zahlreiche Beispiele, wo Hotelbetreiber und Wirte engagiert gegen Rechts aufgetreten seien, aber auch bundesweit einheitliche Initiativen. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband e. V. (DEHOGA) habe sich auf Bundes- und Landesebene klar gegen Rechtsextremismus ausgesprochen. Gemeinsam mit der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss e. V. (ANG) sowie der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) sei die Initiative „Gemeinsam für Toleranz“ bereits 2009 ins Leben gerufen worden. Diese biete zahlreiche Informationen und praktische Hilfestellungen. Zudem unterstütze der DEHOGA auch über seine Landesverbände zahlreiche weitere Initiativen und biete Broschüren und Expertenrat gegen Extremismus an. Vor Ort würden den Betroffenen individuelle Beratungen bis hin zur Vertragsgestaltung angeboten.

Im Jahr 2010 habe es eine gerichtliche Auseinandersetzung um ein Hausverbot gegen den NPD-Vorsitzenden Udo Voigt durch einen Hotelier aus Brandenburg gegeben. Dies habe zu bundesweiter Berichterstattung und Aufmerksamkeit für dieses Thema geführt. Außerdem sei darauf hinzuweisen, dass keine Regierung so viel Geld für den Kampf gegen Rechtsextremismus ausgegeben habe, wie die unionsgeführte Bundesregierung. In dem Antrag werde die Forderung gestellt, auf die Länder einzuwirken und Initiativen von Gastwirten gegen Rechtsextremismus bekannt zu machen und zu unterstützen. Die geforderte Unterstützung finde in den Ländern jedoch längst statt. Insgesamt sei die Branche viel weiter, als die Antragsteller mit ihrem Antrag suggerierten. Es würde ein völlig falsches Bild erzeugt, als ob das Gastgewerbe erst am Anfang stünde und nur vereinzelt ein paar örtliche Initiativen sich darum kümmern würden. Aufgrund der bereits auf Bundes- und Landesebene bestehenden zahlreichen Initiativen und Hilfen für private Gastgeber in Hotellerie und Gastronomie seien die Forderungen des Antrags nicht nachvollziehbar. Der Antrag laufe der Zeit hinterher und sei daher abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass es im Hotel- und Gaststättengewerbe in vielen Städten und Gemeinden Initiativen gegen Rechts gebe. Als gute Beispiele für brancheninternes Engagement hätten die Initiativen „Pro aktiv gegen Rechts – mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven“ sowie der DEHOGA Hamburg eine herausragende Broschüre veröffentlicht, die den Gastwirten Hilfestellung gebe und konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzeige, um dem rechtsextremistischen Publikum Versammlungsorte zu entziehen. Besonders zu erwähnen sei, dass der diesjährige Preis der Lutherstädte „Das unerschrockene Wort“ an die Regensburger Wirte-Initiative „Keine Bedienung für Nazis“ gehe. Ein solch klares Bekenntnis hätte dem Deutschen Bundestag sehr gut angestanden, um anzuerkennen, was bisher an Initiativen von Gastwirten und Hoteliers gegen Rechts initiiert und erfolgreich vorangebracht worden sei. So wie in den vier beispielhaft genannten Städten, Bremen, Bremerhaven, Hamburg und Regensburg, entwickelten sich im ganzen Bundesgebiet Initiativen. Es gebe allerdings keine bundeseinheitliche und bundesweite Initiative. Genau dieses Ziel versuche der Antrag zu erreichen, um namentlich einen runden Tisch mit allen Beteiligten zusammenzubringen und gebündelt und gezielt mit wenig finanziellem Aufwand Probleme zu erörtern und weitere Handlungsschritte vorzubereiten. Da die gesetzlichen Vorgaben im ganzen Bundesgebiet gleich seien, wäre die Herausgabe einer bundeseinheitlichen Broschüre durch die Bundesregierung sicherlich ein praktikabler und sinnvoller Baustein in dem Feld der verschiedenen Initiativen gewesen. Es sei daher sehr zu bedauern, dass die Fraktion der CDU/CSU im Gegensatz zu den anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages nicht bereit gewesen sei, an der Gestaltung eines gemeinsamen Antrags mitzuarbeiten.

Die **Fraktion der FDP** hielt zunächst fest, dass Initiativen gegen Rechts nicht nur ein wichtiges Thema in der Gastro-

nomie seien, sondern auf zivilgesellschaftlicher Ebene sei es die gemeinsame Aufgabe aller Demokraten, den Kampf gegen Rechts weiter engagiert voranzutreiben. Gerade die Ereignisse um die aufgedeckte Vereinigung des Nationalsozialistischen Untergrunds oder 19 Prozent Erstwählerstimmen für die NPD in Sachsen-Anhalt machten deutlich, dass Rechtsextremismus eine nicht zu unterschätzende Bedrohung sei. Wenn zudem in Reiseführern so genannte No-Go-Areas ausgewiesen würden, sei dies zudem eine Katastrophe für den Tourismus in Deutschland. Der Grundgedanke des Antrags, rechtsextreme Gruppierungen an der Verbreitung ihrer Ideologie zu hindern, sei zwar richtig, der Antrag laufe jedoch den aktuellen Entwicklungen und Maßnahmen vor Ort hinterher. Das Bewusstsein der Bevölkerung und vor allem auch der Gastwirte sei bereits sehr hoch, was den Rechtsextremismus angehe. Viele Wirte wüssten um ihr Hausrecht und machten aktiv davon Gebrauch. In Regensburg beispielsweise hätten mehr als 100 Gastronomiebetreiber eine Erklärung unterschrieben, dass sie keine Rechtsextremisten bedienen. Geld auszugeben für Informationsveranstaltungen, in dem das vermittelt würde, was alle schon wüssten, sei ebenso überflüssig, wie die Herausgabe von weiteren Informationsbroschüren, wenn es schon sehr hilfreiche Broschüren der DEHOGA gebe. Obwohl das Thema wichtig sei, sei aber der Antrag als solcher als nicht zielführend anzusehen und daher abzulehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE** machte deutlich, dass der Antrag es verdiene, ernsthaft diskutiert zu werden, anstatt mit einfacher Wahlkampfrhetorik darüber hinwegzugehen. Zwar habe dieser, obgleich sehr gut und wichtig, ein paar

Schwächen, die aber die Hauptzielrichtung, nämlich dass die Bundesregierung dringend handeln müsse, nicht in Frage stelle. Es reiche nicht, sich bequem auf Initiativen einzelner Menschen oder Gruppen zurückzuziehen, sondern ganz wesentlich sei es, Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus aufzubauen, an den entscheidenden Stellen zu verbessern und ihre finanzielle Förderung auszuweiten und zu verstetigen. Das sei die Basis für die Unterstützung des Engagements vor Ort. Es sei sehr erfreulich, dass der Luther-Preis an die Gastronomie in Regensburg gegangen sei. An der Initiative „Keine Bedienung für Nazis“ habe ein Stadtrat der Partei DIE LINKE maßgeblichen Anteil gehabt. Offensichtlich sei die evangelische Kirche schon weiter, als eine christliche Partei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, gerade vor dem Hintergrund der Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds hätte es dem Deutschen Bundestag gut zu Gesicht gestanden, diese Initiative gemeinsam zu verabschieden. Es gehe um ein deutlich vernehmbares Signal in die Öffentlichkeit und vor diesem Hintergrund sei der Antrag sinnvoll und richtig. Die erhobenen Forderungen stellten wichtige Bausteine im Kampf gegen Rechts dar. Publikationen und Aktionen, die Gastwirte in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus stärken, müssten bekannter gemacht werden. Hier seien Bund und Länder gleichermaßen gefragt. Auch runde Tische seien eine sinnvolle Idee, denn solche Bündnisse ermöglichten Solidarität mit bedrängten Gastwirten. Auch wenn man die Forderungen noch ergänzen könne, sei der Antrag insgesamt zustimmungsfähig und unterstützungswürdig.

Berlin, den 28. November 2012

Ingbert Liebing
Berichterstatter

Heinz Paula
Berichterstatter

Jens Ackermann
Berichterstatter

Kornelia Möller
Berichterstatterin

Markus Tressel
Berichterstatter

